



Karin Decker-That
Boschstraße 12 a
D-86343 Königsbrunn
k.decker-that@resro.eu

APPELL gegen Diskriminierung, Vertragsbruch und Verrat der Europäischen Werte

Appell der Mitgliederversammlung des Vereins
ResRO – Restitution und Menschenrechte in Rumänien e.V.
vom 31. 10. 2015 in Augsburg

an den Präsidenten und an den Premierminister Rumäniens

Die Unterzeichner dieses Appells sind Menschen, deren Herkunftsland Rumänien ist, sowohl Mitglieder unseres Vereins, von den brutalen kommunistischen Konfiskationen in Rumänien Betroffene, sowie Befürworter eines rumänischen Rechtsstaats.

Wir ersuchen den Präsidenten Rumäniens und die rumänische Regierung dafür zu sorgen, dass ab sofort jegliche Diskriminierung von Menschen, deren Herkunftsland Rumänien ist, unterlassen wird.

Obwohl Rumänien sich durch die Unterzeichnung der Europäische Menschenrechtskonvention am 20. Juni 1994, der Kopenhagener Kriterien am 22. Juni 1995 und die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon am 4. Februar 2008 zu einem demokratischen Rechtsstaat verpflichtet hat, werden auf dem Gebiete der Restitution Menschenrechte und Grundfreiheiten mit Füßen getreten. Besonders hart trifft es jene Menschen, die im Ausland leben, von denen die meisten vor dem kommunistischen Terror emigriert sind und entweder gehindert wurden, überhaupt Restitutionsgesetze in Anspruch zu nehmen (Gesetz 112/1995) oder durch unzumutbar kurze Fristen davon abgehalten wurden, auf der Grundlage dieser Gesetze (Gesetz 10/2001 und Gesetz 247/2005) Klagen einzureichen.

Durch die verfassungswidrige Forderung der rumänischen Staatsbürgerschaft als Vorbedingung für Restitution und der Unmöglichkeit nach Gesetz 1/2009 auf der Grundlage des Bürgerlichen Gesetzbuches zu klagen, wurden vor allem die im Ausland lebenden Menschen, deren Herkunftsland Rumänien ist, erheblich diskriminiert und somit ihr Eigentum auch in der postkommunistischen Zeit abermals durch legalisierten Diebstahl entfremdet, obwohl der rumänische Staat deklariert, dass die kommunistischen Konfiskationen widerrechtlich waren!



Einen Höhepunkt rumänischer Verfassungsverletzung stellt das Gesetz 165/2013 dar. Dieses Gesetz fördert die Bereicherung der Immobilienmafia, die korrupten Politikern nahesteht.

Der größte Korruptionsskandal nach 1989 steht mit der Verhinderung der Restitution in Verbindung und wirkt sich auf lokaler und zentraler Ebene, sowie in den Instanzen aus. Geschätzter Staatsverlust: Mehr als 4 Milliarden Euro!

Rumänien, ein Mitgliedstaat der EU, darf der Welt kein Beispiel dafür sein, wie Menschen, die aus politischen Gründen ihr Heimatland verlassen haben, durch geschickte Tricks um ihr Hab und Gut gebracht werden können. Im Hinblick auf die aktuelle Migration aufgrund von Flucht und Vertreibung ist das ein menschenverachtendes Signal.

Wir fordern:

- Die Rechte der ursprünglichen Eigentümer uneingeschränkt anzuerkennen.
- Restitutio ad integrum, oder die Entschädigung nach Marktwert.
- Mitspracherecht der Eigentümervereine bei der Neufassung eines Restitutionsgesetzes ohne Fristen.
- Die Wiedergutmachung diskriminierenden Unrechts.

Sollten die oben genannten Forderungen nicht erfüllt werden, sieht sich der Verein ResRO gezwungen rechtliche Schritte gegen die Regierung Rumäniens einzuleiten.

Vorliegender APPELL wird vom Verein ResRO weitergeleitet an:

- Den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rumänien
- Den Präsidenten des Europäischen Parlamentes
- Den Präsidenten der Europäischen Kommission
- Den Generalsekretär des Europarates

Hochachtungsvoll

Karin Decker-That
Vorstandsvorsitzende